

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— 200. bei Haus, bei Goldbeck 1,50 RM. zugleich Briefporto. Einzelnummer 10 Pf. Für Kaufleute und Geschäftsmänner, nehmend zu jeder Zeit Bezahlung entgegen. **Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend**

Gewalt, Krieg ob, sonstiger Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abzug des Bezugspreises. Rücksendung erfolgt nur, wenn Rückporto beigelegt.

für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter



Bezugspreis: die gespaltenen Raumteile 20 Pf., die gespaltenen Teile der amtlichen Bekanntmachungen 10 Reichspfennige, die gespaltenen Reklamezeile im rechten Teil 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgelegte Erkennungserklärung wird nach Möglichkeit Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6 berücksichtigt. Anzeigenanzeige bis vorm. 10 Uhr. Die Richtigkeit der durch Fernsprecher übermittelten Anzeigen übernimmt keine Garantie. Jeder Reklameneintrag erhält, wenn der Beitrag durch eine Fehlverfügung eingesetzt werden muss oder der Auszugsgeber in Rückzug gezwungen ist.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherweise bestimmte Blatt

Nr. 103 — 92. Jahrgang

Teleg.-Avt.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postleitzahl: Dresden 2640

Donnerstag, den 4. Mai 1933

## Die Front der deutschen Arbeit.

Mit spielder Leichtigkeit hat die deutsche nationalsozialistische Bewegung nun auch den zweiten Stützpunkt des Marxismus übernommen: die Freien Gewerkschaften. Aber dieser Stützpunkt wird nun nicht etwa zerstört, sondern er wird mit veränderter Front ausgebaut werden. Man wird ihn erweitern, bis er Raum bietet für die gesamte deutsche Arbeiterschaft. Gleichzeitig wird sich neben ihm ein zweiter erheben, der die Angehörigen der Gewerkschaft umfasst, und dann wird sich beides zusammen schließen zu einer gemeinsamen Front der deutschen Arbeit.

Es ist den Freien Gewerkschaften zu einem ungeahnten Verhängnis geworden, daß ihr Entstehen, ihre Ausbreitung und ihr Empornachsen sich im wesentlichen auf dem Boden des marxistischen Klassenkampfes vollzogen haben. Für jeden Freien Gewerkschaftler war es eine Selbstverständlichkeit, daß er politisch zum Sozialismus gehörte, und im Laufe der Jahrzehnte wurde das Bündnis zwischen Sozialismus und Freien Gewerkschaften immer fester ausgebaut. Auf dem Wege über die Gewerkschaften kamen die meisten Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei auf der politischen Stufenleiter empor, und zu dieser personellen Einigung trat auch die soziale Infosierung, als in dem 1918 demokratisch geworbenen Deutschland die gewerkschaftlichen Organisationen leicht ihre wirtschaftlichen, ihre Lohn- und tarifpolitischen Forderungen mittels der sozialdemokratisch bedienten Geheimdienstmachinerie durchsetzen konnten. Immer vollzog sich aber alles sowohl für die politischen wie für die wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen von der Grundlage des marxistischen Klassenkampfes aus.

Achrelang, fast ein Jahrzehnt hindurch konnten die Freien Gewerkschaften auf diesem Wege ihre Lohn- und tarifpolitischen Siege erzielen — aber als nun die Wirtschaftskrise hereinbrach und, nicht ohne Verluste der Gewerkschaften selbst, Opfer um Opfer forderte, da dämmerte es auch in den Kreisen dieser Gewerkschaften auf, daß jener Sieg über die wirtschaftliche Verunsicherung nur ein Pyrrhus sieg gewesen war. Es waren Lohn- und Tarif-, ja überhaupt Sozialpolitik sozusagen in die freie Luft hinaus gemacht worden. Man stemmte sich fanatisch gegen, daß jede gesunde Sozialpolitik abhängig ist bzw. gemacht werden muß vom Zustand und Ertrag der Wirtschaft selbst. Niemals haben die Freien Gewerkschaften aber grundsätzlich die Forderung nach einer Sozialisierung der Wirtschaft ausgegeben, weil sie eben auch hierin immer nur von der Grundlage des Klassenkampfes ausgingen.

Es hatte in den letzten Zeiten fast den Anschein gehabt, als hätten auch die Freien Gewerkschaften ein ganzes Büschel Haare in der politischen Suppe gefunden, die sie früher gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei nur allzu gern ausgelöst hatten. Man suchte sich ein wenig von „der Partei“ zu distanzieren, weil man die politische Verantwortung für die innerdeutschen Vorgänge der letzten Jahre nicht mehr tragen konnte. Haben doch die Gewerkschaften immer mit einem Auge nach links hinübergesehen, sehr genau beobachtet und bisweilen auch berücksichtigt, was der kommunistische Bruder eigentlich trieb, die Innenpolitische Konkurrenz, die sich zwar wenige Gewerkschaften, wohl aber politisch auf Kosten der Sozialdemokratie immer mehr verstärkt. Die Sozialdemokratie selbst zeigte schon entschiedene Züge von Alterschwäche und die Gewerkschaften mußten es erleben, wie unter dem Druck der Krise immer eine „Erungenschaft der Revolution“ nach der anderen abbröckelte, ohne daß diese Wirtschaftsorganisationen großer Teile der Arbeitnehmerchaft etwas dagegen machen konnten.

Die eigentliche, also die marxistische Grundlage, der Klassenkampfes, der freilich bei den Gewerkschaften schon stark erschüttert war, ist nun vom Stoß des Nationalsozialismus zu Scherben zerschlagen worden. Was dieser Stoß aber sorgfältig vermied und vermeiden will, ist eine Zersetzung der in den Gewerkschaften zusammengeballten Vertretung der wirtschaftlichen Interessen unserer Arbeiterschaft. Es war eine Selbstverständlichkeit geworden, den Marxismus aus seiner letzten, aber letzten Position herauszuwerfen. Die deutsche Arbeit soll befreit werden vom internationalen Parasitentum, denn nun wird auch bei den Gewerkschaftsführern die Untersuchung einsehen, die anderseits schon zu überaus betrüblichen Ergebnissen geführt hat. Aus der Tempelhofer Kundgebung wurde knappe zwölf Stunden später schon die Schlusfolgerung gezogen. Hochstens aber dem Ausland noch kann es überraschend gelommen sein, daß der Sturm auf die Festung nur sozufügen ein Hindurchmarschieren durch offenstehende Tore war und die Festung gar nicht mehr verteidigt wurde.

„Es gilt von heute ab, den deutschen Arbeiter in seiner Gesamtheit zu gewinnen, auch jene, die noch arbeitslosen, es sind nicht die Schlechtesten.“ Mit diesem Sache hat der Führer der nationalsozialistischen Aktion gekennzeichnet, welches Ziel ihr gesteckt worden ist und in welcher Richtung der Weitermarsch erfolgen soll.

## Arbeitsdienstpflicht ab 1. Januar 1934

Staatssekretär Hierl über die Regelung des Arbeitsdienstes.

Der Staatssekretär für den Arbeitsdienst, Oberst Hierl, hat einem Vertreter der Kreuz-Zeitung über den geplanten Umbau des freiwilligen Arbeitsdienstes zur Arbeitsdienstpflicht einige grundhafte Mitteilungen gemacht.

Danach soll der freiwillige Arbeitsdienst nach bisheriger Methode ab 1. Oktober 1933 durch einen staatlichen Arbeitsdienst abgelöst werden, der zunächst ebenfalls noch freiwillig ist und ein Arbeitsheer von 120 000 Mann umfassen soll. Die Arbeitsdienstpflicht soll mit dem 1. Januar 1934 eingehen, und zwar soll dann der Jahrgang herangezogen werden, der im Jahre 1934 das 19. Lebensjahr beendet.

Da es nicht möglich sein wird, den ganzen Jahrgang auf einmal einzuziehen, wird man je die Hälfte des Jahrganges auf ein halbes Jahr zum Dienst heranziehen. Dieses Arbeitsdienstheer wird voraussichtlich 350 000 Mann umfassen. In den folgenden Jahren sollen die ganzen Jahrgänge geschlossen für ein ganzes Jahr eingezogen werden. Die Führer des Arbeitsdienstes sollen nach Möglichkeit zunächst aus den Reihen der bisherigen Lagerführer entnommen werden.

Arbeiten für die Beschäftigung der Arbeitsdienstpflichtigen

werden, wie Staatssekretär Hierl mitteilt, in ausreichender Menge vorhanden sein. Allein für Bodenverbesserungsarbeiten können auf mindestens zehn Jahre acht bis neun Millionen Mann eingesetzt werden. Auch bei den Arbeitsbeschaffungsplänen der Reichsregierung ist die Heranziehung der Arbeitsdienstwilligen in Aussicht genommen. Staatssekretär Hierl betonte am Schlusse seiner Ausführungen, daß es unbedingt notwendig sei, daß nunmehr eine amtliche Stelle geschaffen wird, die die gesamte Arbeitsbeschaffung für den staatlichen Arbeitsdienst einheitlich in die Hand nimmt. Finanzielle Schwierigkeiten dürfen kein Hindernis für die Durchführung staatspolitischer notwendiger Aufgaben bilden.

### Die Führung der neuen Arbeitsfront.

Dr. Ley, Schuhmann und Forster.

Der Leiter des Aktionskomitees zum Schutze der deutschen Arbeit, Dr. Ley, veröffentlicht folgende Erklärung: „Alle bisherigen Meldungen über den zukünftigen Gewerkschaftskommissar entbehren jeglicher Grundlage und sind leere Kombinationen, die als Zweitmeldungen bestimmter Quertreibereien auszufassen sind. Um diesen Quertreibereien jeden Boden zu entziehen, wird folgendes bestimmt: Ich selbst übernehme die Führung der neu aufzubauenden Arbeitsfront. Zum Führer der gesamten Arbeiterverbände bestimme ich den Parteigenossen Walter Schuhmann, M. d. R., Berlin. Zum Führer der gesamten Angestelltenverbände bestimme ich den Parteigenossen Albert Forster, M. d. R., Danzig.“

Die Aktion gegen die Freien Gewerkschaften entspricht, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, durchaus dem vom Reichsminister proklamierten Kampf gegen den Marxismus. Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß sich der Marxismus hinter den Gewerkschaften nicht verbirgt und getarnt den Kampf weiterführen könne. Die Maßnahmen richten sich nicht gegen den Arbeiter als solchen, sondern hätten den Zweck, die Gelder und sonstigen Rechte für den Arbeiter sicherzustellen.

Sämtliche Gewerkschaften unterstellen sich Adolf Hitler.

Die NSDAP meldet: Wie vom Leiter des Aktionskomitees zum Schutz der deutschen Arbeit, Dr. Ley, mitgeteilt wird, haben der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, der Gewerkschaftsrat deutscher Angestellten, Arbeiter- und Beamtenverbände (Hirsch-Dunder), der GDA, der NDA und andere Verbände sich bedingungslos der Führung Adolfs Hitlers und den Anordnungen des Aktionskomitees zum Schutz der deutschen Arbeit unterstellt. Am Donnerstag werden mit dem DGB, als legitimen Verband Verhandlungen stattfinden. Es ist zu hoffen, daß auch diese Organisation den Geist der Zeit erkennt und sich dem großen Werke einfügt.

Damit wäre zum erstenmal in der deutschen Arbeiterbewegung die Zusammensetzung aller Arbeiter- und Angestelltenverbände erreicht und eines der größten Werke vollendet, die die Geschichte des deutschen Arbeitertums zu verzeichnen hat.

Wie der Leiter des Aktionskomitees zum Schutz der deutschen Arbeit, Dr. Ley, weiter mitteilt, hat er jetzt, nachdem sich diese Verbände bedingungslos und vorbehaltlos der NSDAP unterworfen haben, die Absicht, die sachlichen und fachlichen Kräfte aus diesen Organisationen zur Mitarbeit heranzuziehen. Schon auf dem in der nächsten Woche stattfindenden großen Arbeiterkongress in Berlin wird dieser Wille zum Ausdruck gebracht werden.

### Wechsel im Reichskommissariat für Arbeitsdienst.

Mahnken zurückgetreten.

Der Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst, Mahnken, ist zurückgetreten und ist beurlaubt worden.

Mahnken war bekanntlich schon als Stahlhelmlandesführer Weimar zurückgetreten und seines Amtes im Stahlhelm entbunden worden. Über die durch den Rücktritt für den Arbeitsdienst notwendig werdende Maßnahme ist noch keine Entscheidung getroffen worden. Sie ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

### Neue Auftragspläne der Reichsbahn.

In Berlin fand eine Unterredung zwischen dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, und dem Generaldirektor der Reichsbahn, Dr. Dörmann, in Gegenwart des Reichslehrerministers, Dr. E. von Ribbentrop, statt.

Hierbei wurde festgestellt, daß die Reichsbahn weitgehende Pläne für eine Auftragserteilung an Industrie und Handwerk ausgearbeitet hat, die den von der Reichsregierung verabschiedeten Grundsätzen für die Arbeitsbeschaffung entsprechen und somit einer nachhaltigen Belebung der Wirtschaft dienen werden.

Die Durchführung dieser Pläne kann erst nach dem Abschluß der Beratungen des Reichskabinetts über das Gesamtprogramm der Arbeitsbeschaffung und seine Finanzierung erfolgen.



Das Aktionskomitee zum Schutz der deutschen Arbeit stellt sich vor. Wir zeigen hier das jetzt gebildete Aktionskomitee zum Schutz der deutschen Arbeit, unter dessen Leitung die Gleichschaltung der Gewerkschaften durchgeführt wird. Von links: Brindmann, Rosenleiter; Biassas, Presse und Propaganda; Beppmüller, Kommissar für den Allgemeinen Betrieb; Schmeier, stellvertretender Leiter des Komitees; Karl Müller, Kommissar für die wirtschaftlichen Unternehmungen des ADGB und der Arbeiterbank; Dr. Ley, der Leiter des Komitees; Schuhmann, Kommissar für die Gewerkschaft; Muchow, Organisationskommissar.